



# Blickpunkt

Gesundheit und Gesellschaft

Der aktuelle gesundheitspolitische Newsletter der AOK

Krankenkassen

## GKV-Beiträge steigen auf breiter Front an

In der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) stehen angesichts einer ungünstigen Finanzsituation Anhebungen der Beitragssätze unmittelbar bevor. Davon betroffen ist auch die Gesundheitskasse.

Die AOK Hessen sieht sich gezwungen, ihren Beitragssatz vom 1. Juli an um einen Prozentpunkt auf 14,8 Prozent zu erhöhen. Zum gleichen Zeitpunkt steigt der Beitrag der AOK Baden-Württemberg von derzeit 13,5 auf 14,2 Prozent. Der AOK-Bundesverband rechnet für 2001 nicht mit weiteren Beitragsanhebungen unter seinen Mitgliedern. Die AOK Bayern und die sächsische Gesundheitskasse erklärten inzwischen, sie würden ihren Beitragssatz stabil halten können. Auch bei der AOK Rheinland werden die Beiträge in diesem Jahr voraussichtlich

über den Jahreswechsel hinaus nicht erhöht. Dazu seien jedoch Rücklagen einzusetzen. Auch die Gesundheitskassen in Schleswig-Holstein und Brandenburg erhöhen ihren Beitrag nicht. Inzwischen haben sieben südwestdeutsche Betriebskrankenkassen Beitragserhöhungen zum 1. Juli angekündigt. Unter anderem steigt bei der BKK Bau der Beitragssatz von 11,9 auf 13,5 Prozent. Einige der großen Angestellten-Ersatzkassen bereiten dem Vernehmen ebenfalls Anhebungen ihrer Beitragssätze vor. Dr. Hans Jürgen Ahrens, Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes, machte die Bundesregierung für die Welle von Erhöhungen verantwortlich. Die prekäre Finanzsituation der GKV beruhe vor allem auf Aktivitäten des Gesetzgebers. Deshalb sei es notwendig, die Kassen zu entlasten.

### Gesetzliche Krankenversicherung

#### Innovationen kritisch bewerten

Vor einer unaufhaltsamen Leistungsausweitung in der gesetzlichen Krankenversicherung warnt Gert Nachtigal, Vorstandsvorsitzender des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen. Nicht jede medizinische Innovation, so der Arbeitgebervertreter auf einem Expertenforum seiner Organisation in Berlin, dürfe zusätzlich in den Leis-

tungskatalog der Krankenkassen aufgenommen werden. Parallel dazu sei auf überflüssige oder medizinisch weniger leistungsfähige Verfahren zu verzichten. In der gesetzlichen Krankenversicherung müsse Raum sein für therapeutische und diagnostische Innovationen mit rechtmäßigem Nutzen für die Patienten.

ZB MED

## Risikostrukturausgleich AOK steht zum vereinbarten Kompromiss

Der Verzicht der rot-grünen Regierungskoalition auf einen Mindestbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gefährdet nach Ansicht des AOK-Bundesverbandes nicht den Kompromiss beim Risikostrukturausgleich (RSA).

Die AOK-Gemeinschaft, so ein Sprecher des AOK-Bundesverbandes, sei während des nun anstehenden Gesetzgebungsverfahrens offen für Alternativen, die besser als ein Mindestbeitragssatz dazu geeignet seien, die Mittel der Beitragszahler dorthin fließen zu lassen, wo sie zur Behandlung von chronisch Kranken und Schwerkranken dringend gebraucht würden. Ausdrücklich unterstütze die Gesundheitskasse die vorgesehenen Regelungen zur Förderung von Disease-Management-Programmen. Dagegen seien die Bestimmungen zur Einführung eines morbiditätsorientierten RSA ab 2007 noch verbesserungsbedürftig. Inzwischen billigte das Kabinett in Berlin den Gesetzentwurf zur Reform des RSA. Die Minister zeigten sich bei dieser Gelegenheit überzeugt davon, dass sich künftig die Belastungen innerhalb der GKV solidarischer verteilen. Krankenkassen könnten sich nicht länger ungerechtfertigte Vorteile im Wettbewerb verschaffen.

### Inhalt

Arzneimittelversorgung:  
Verzicht auf Budget sorgt für  
Ausgabenexplosion.....2

CDU-Arbeitnehmer favo-  
risieren Sachleistung.....2

Private Krankenversicherung  
hat Probleme.....3

AOK-Aktuell:  
Modellprojekte in Baden-  
Württemberg • Telemedizin  
hilft Herzpatienten • Europa-  
weiter Kampf gegen neurologi-  
sche Krankheiten.....4

## Gesundheitsreform Keine Pläne der Regierung?

Ein Sprecher der Bundesregierung dementierte die Existenz angeblicher Pläne der rot-grünen Koalition für eine „radikale Gesundheitsreform“ nach der nächsten Parlamentswahl im Herbst 2002.

Entsprechende Meldungen in den Medien seien „definitiv falsch“. Auch im Bundeskanzleramt existierten keine derartigen Papiere. Dessen ungeachtet zweifeln Insider zweifeln indes trotz des Dementis nicht daran, dass Berlin schon jetzt an Reformen feilt. Der AOK-Bundesverband kritisierte dieses Vorgehen. Es mache wenig Sinn, am „Runden Tisch“ über Reformen nachzudenken, wenn die Konzepte bereits in den Schubladen lägen. Der SPD-Parlamentarier Professor Martin Pfaff sprach sich ebenso gegen die Pläne aus.

Politik aktuell